

Hünstetten schließt seine Unterkünfte

FLÜCHTLINGE Landratswahlkampf befeuert Diskussion über Unterbringung

Von Hannelore Wiedemann

RHEINGAU-TAUNUS. Der Kreis müsse seine Zusagen in puncto Flüchtlingsunterbringung gegenüber den Kommunen einhalten – diese Forderung erhebt der Kreisvorsitzende der CDU, Klaus-Peter Willsch, und unterstützt damit eine an den Landrat gerichtete Bitte von 13 Bürgermeistern aus dem Rheingau und dem Untertaunus.

Bürgermeister sind sich nicht einig

Wie berichtet hatten die CDU-Bürgermeister von Aarbergen, Bad Schwalbach, Eltville, Idstein, Lorch, Niedernhausen, Oestrich-Winkel, Rüdesheim, Taunusstein und Waldems sowie der Hünstetter, der Schlangenbader und der Wallufer Bürgermeister in einem Brief an den Kreis die Auffassung vertreten, der Kreis müsse die Mietverträge für kleinere kommunale Flüchtlingsunterkünfte übernehmen. Das Thema ist Gegenstand der nächsten Bürgermeister-Dienstversammlung, die für den 20. Januar anberaumt ist.

Derzeit liegt für die künftige Verteilung der Lasten bei der Unterbringung der Flüchtlinge zwischen dem Kreis und den Kommunen ein Vorschlag auf dem Tisch, den eine Arbeitsgrup-

pe der Bürgermeister erarbeitet hat. Der Vorschlag sieht vor, dass der Kreis die Mietverträge für Unterkünfte mit mehr als 40 Plätzen übernimmt. Der Arbeitsgruppe gehören der Rathauschef von Niedernhausen, Joachim Reimann (CDU), sein Amtskollege aus Hohenstein, Daniel Bauer (SPD) sowie Frank Kilian aus Geisenheim an. Besonders dem parteilosen Landratskandidaten kreidet die CDU an, er habe sich „der Solidarität der kommunalen Familie“ enthalten. Man habe sich eine „deutliche Aussage“ zugunsten der Kollegen erhofft, so Willsch.

Der Hünstetter Bürgermeister Jan Kraus, der der CDU-Fraktion im Kreistag angehört, hat unterdessen angekündigt, sämtliche kommunalen Unterkünfte zum 31. März aufzulösen. Der Kreis habe Kraus die Übernahme der Flüchtlinge zugesichert, bestätigte Landrat Burkhard Albers (SPD). Sie sollen in die Sammelunterkünfte des Kreises verlegt werden.

Der Hohensteiner Bürgermeister Daniel Bauer (SPD) sagte, er habe den Brief nicht unterzeichnet, weil er das Vorgehen für falsch halte. Das Thema müsse in einer Bürgermeister-Dienstversammlung besprochen werden. Er bezeichnete den CDU-Vorstoß als „Scharade zur Landratswahl“.